

Bezugsgebühr:

Stetthälfte für Briefe bei Mafit  
postmäßiger Bezugung durch unsere  
Posten überreicht und ausgetragen, an  
Sons. und Montagen nur einmal  
ab 10 Uhr. Werden außerordentliche Com-  
munications ab 10 Uhr bis 12 Uhr.  
Bei ehemaliger Beziehung kann die  
Post ab 10 Uhr ohne Briefporto, im Aus-  
land mit entsprechendem Aufdruck.  
Sachverständiger oder Artikel u. Original-  
Gemeinsamkeiten nur mit deutlicher  
Herausgabe des „Dresden Nachrichten“  
gelistet. Nachrichtliche Zusatzvor-  
anschriften werden überprüft; unerlaubt:  
unverlangte Zusatzfragen werden  
nicht angenommen.

Telexgramm-Adresse:  
Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Carol.

Entnahme von Anzeigen  
bis nachmittags 5 Uhr. Sonn- und  
Feiertags nur Warenanzeige ab von  
11 bis 12 Uhr. Die tägliche Ausga-  
ge ist in Sätzen zu 10 Pf., Min-  
destanzeige auf der Pariser Seite  
20 Pf.; die zweitl. Seite auf Text-  
seite 10 Pf., als Einzelstück Seite  
20 Pf. An Auswärts nach Sonn-  
und Feiertagen 1 halbe Gründaus-  
gabe 10 Pf., am Dienstag 40 Pf.  
Zweitl. Seite auf Textseite mit 10  
Gingefüllt 10 Pf. Ueberjährige Zu-  
nahmen nur gegen Postabrechnung.  
Vertriebssatzen folgen 10 Pfennig.

Herausgeber: Mr. 11 und 2006.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 28.

**Lobeck & Co.** || Milch-Chocolade  
No. 600.  
Hofflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.  
Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

**Raucht**  
PATENT STROHMUNDSTÜCK CIGARETTE von  
Egyptian Cigarette Company  
Cairo. — Berlin W. 64. — Frankfurt a.M.  
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber,  
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1901.

**Julius Schädlich**  
Am See 10, part. u. L. Et.  
Beleuchtungs Gegenstände  
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.



**Ferd. Dettmann**  
Dresden, König Johannstr.  
Optisch-mechan. Institut  
ersten Ranges.  
Schul- u. Techniker-Krisszange,  
Kopiermaschine am selben  
Tischarbeitsplatze. Kastenrechenmaschine.

**Tuchwaren.** Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, außerordentlich billige Preise.

**Fr. 92. Spiegel:** Freisinn und Sozialdemokratie. Königsbefreiung. Metallarbeiterbewegung. Arbeiterkonsolen. Altertums- u. Naturf. Witterung: Mild, heiter.

**Wittwoch, 4. April 1906.**

## Freisinn und Sozialdemokratie.

Kann hat der alte Kreisinnungsverein Eugen Richter, sachlich und wohlwollend selbst von seinen am weitesten rechtsstehenden politischen Gegnern gewürdigt, daß Rechtliche seien, die beginnen auch schon die weiblich-freisinnigen Helden zu la Theodor Barth mit ihrer ehemals nationalsozialen Gesellschaft in neuen „gesamtliberalen“ Phantasien zu schwelgen. Was der „Gesamtliberalismus“ diesen Elementen bedeutet, darüber kann heute noch ihren offensichtlichen Darlegungen in Wort und Schrift keine Unschärfe mehr herrschen. Nicht um Verfälschung mit dem positiv gerichteten Liberalismus, sondern er seiner väterländischen großen Vergangenheit und seinem auf die mittlere Linie angebrachten Prinzip des Ausgleichs unter den verschiedenenartigen Gegenseiten und Interessen unserer öffentlichen Lebens treu geblieben ist. Die Viehbedienerei gegenüber der Partei des Umsturzes wird nachgerade zur fixen Idee bei den Wortschätern des weiblich-freisinnigen Barth und äußert sich in immer groteskeren Formen. In der neuesten Leistung dieser Art, die Herr Theodor Barth, der unermüdbare und selbst vor dem Flusse der Vächerlichkeit nicht zurückstehende Apostel des liberal-sozialdemokratischen Bündnisses, in seiner „Nation“ — so genannt von ihrem antinationalen Charakter — verbrochen hat, erklärt der weiblich-freisinnige entigerte Viehbediener des Umsturzes zur „Begründung“ seines übermalinen Heroldstreubes zu prahlen der roten Brüder, die Malauer der Sozialdemokratie, die früher in den Reihen des Liberalismus gestanden hätten, würden nur dann zurückgewonnen werden können, wenn der Liberalismus nach links rücke. Daogen ist es sicher, wie das Amen in der Kirche, daß dem Liberalismus nach weiteren Hunderttausenden verloren gehen würden, wenn er sich noch rechtswende. Die sozialdemokratischen Stimmen in den Parlamenten sind für den Liberalismus „bates Geb“. Nur die politische Sentimentalität kann deshalb auf den Gedanken kommen, bei den Wahlen lieber dem Realionär als dem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen.“

Wenn Herr Barth notverweise glaubt oder zu glauben sich ansetzt, die Sozialdemokratie werde einem solchen Schleppenträger-Liberalismus ihre Stimmen freudwillig zur Verfügung stellen, so ist er genau so schief aufgestellt, wie mit der Annahme, daß es mit Hilfe einer weiteren Annäherung des Liberalismus an die Partei des Umsturzes gelingen werde, die an Bebel und Genossen bereits verlorenen Schädeln zur „gesamtliberalen“ Herde zurückzuladen. Genau das Geanteil wird eintragen: je sozialistischer sich der Freisinn nach Barthischen Mustern gebraucht, desto weniger werden seine übrigens ja schon heute völkerlich gering gefüllten Vertreter es auf die Dauer begreiflich finden, was unter solchen Umständen eine gesonderte weiblich-freisinnige Gruppe überhaupt noch für einen Daseinsraum behält, und am Ende in praktischer Konsequenz dieser Erkenntnis mit Kind und Regel ins sozialdemokratische Lager hinüberzuspringen, um so in angemäßiger Weise die alte Regel zu bestätigen, daß ein Freisinn von derartigem Schlag stets und überall die Vorliebe der Sozialdemokratie hat. Und nun gut erst das Kapitel von der sozialdemokratischen Tauscharbeit! Da lebt man einmal, mit welchem gütigen Hohne der „Vorwörts“ aus Anlaß des nächsten Schmausens des Herrn Barth nach der umstürzlerischen Kunst und Gewogenheit über diesen herfällt. Das sozialdemokratische Zentralorgan nennt den freisinnigen Politiker trotz alles seines honigsauren Getues mit salzlauter Grobheit einen „unverbefleckten Illusionär“, der noch am Ende die Hoffnung aufblänkt. Er sei ein „Angelschwanz“, der über Reichen und Gründer Unhöflichkeit hüpft. Die schönen Illusionen Theodor Barth des Letzten würden zerplatzen, und über dem Nalenquatsch des preußisch-deutschen Liberalismus werde sich bald der Nalenbügel wölben. Also ein Aufstieg nach allen Regeln der Kunst: das ist der Dank vom Hause Bebel. Zu verwundern ist dabei nur das eine, daß Herr Barth und seine Getreuen es überhaupt anders erwarten könnten. Oder haben sie am Ende ein solches Gebaren der Sozialdemokratie nach früheren Erfahrungen als selbstverständlich vorausgelegt und sind trocken alsoledem entschlossen, sich derartig unvorhersehbaren Freunden immer wieder an den Hals zu ziehen?

Überaus bezeichnend für die verschrobene Denkwelt der von Herrn Barth vertretenen Richtung ist auch der Umstand, daß sie sich nur ein solches politisches Gesamtbild vorzustellen vermögen, in dem auf der einen Seite der famose „Gesamtliberalismus“ ihm in Arm mit der Sozialdemokratie das 20. Jahrhundert in die Schranken fordert, während die andere Seite vollgeprägt ist von lauter unterschiedlosen „Realionären“. Es ist geradezu lächelhaft, was für ein Unsinn hier mit dem Schlagwort „Realionär“ geschrieben wird. Herr Theodor Barth und Gefüllungsgenossen begießen schlechterdings nicht, daß die Zeiten sich gewandelt haben, wenn sie mit unheilbarer Hartnäckigkeit an einer „libe-

ralen“ Auffassungswelt festhalten, die sich als wesentlichsten Inhalt das — allgemeine und gleiche Wahlrecht fest. Hinterzuge bilden sich, den veränderten Zeitverhältnissen und Bedürfnissen entsprechend, auch gut überreife Männer zu Seien, die vielleicht früher einmal als politisch „realionistisch“ verzeichnet, jetzt von vernünftigen Leuten lediglich unter dem sachlichen Gesichtswinkel der östlichen Notwendigkeit betrachtet werden. „Die Ideale, denen wir heute nachgehen, sind andere geworden“, erklärte vorgeriessen im preußischen Abgeordnetenkabinett der Minister des Innern von Bethmann-Hollweg. In der Bewertung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts als eines Allheilmittels, das uns aus allen Nöten allein herausheben könnte, liegt ein Übereinkommen aus einer schon weit von uns entfernten Zeit. Gleichzeitig erinnerte der Minister an die jüngst im preußischen Herrenhaus gehaltene Rede des liberalen Oberbürgermeisters von Frankfurt a. M. Abdes, der in unzweideutigen Worten eine Aristokratisierung unseres Reichsstaates nach dem englischen Prinzip: „Wenig Richter, aber in hochangesehener Stellung“ verlangte, um das allgemeine Vertrauen zur Reichsregierung wieder neu zu erhalten. Der Minister bezeichnete diese und andere Wünsche des Frankfurter Oberbürgermeisters direkt als eine Regierung von Forderungen, die bisher als hochgradig liberale Forderungen galten. Verleugnet aber darum ein Mann wie Herr Abdes seine grundhafte liberale Gesinnung? Mit nichts!

Der Unterschied, der hier in die Erscheinung tritt, gipfelt vielmehr in der Verschiedenheit des positiven Liberalismus von seinem rein negativen, lediglich der sozialdemokratischen Verfestigung dienenden Herzbilde, das nur nötig und kritisieren kann, aber nicht die Fähigkeit besitzt, selbständig nationale und sozialverholtende Werte zu schaffen und sich an der Schaffung Soldaten zu beteiligen. Der markanteste Prinzipien für die so und so geartete Beschaffenheit des Liberalismus ist das Verhalten der ihm zugehörigen Gruppe gegenüber der Sozialdemokratie. Die freisinnige Volkspartei ist zuerst durch Richter nachhaltigen und zielfewigen Kampf gegen die Partei des Umsturzes zur positiven Selbstbestimmung gezwungen worden und hat neuerdings auch in der Flottenfrage und in der geschlossenen Abstimmung zu Gunsten des Reichskolonialamtes ihre bessere Erkenntnis praktisch bestätigt. Indessen auch in den Reihen des weiblichen Freisinn beginnt sich allmählich der Willen über das Vierhändig wurdelse Nachläßertum hinter der Sozialdemokratie zu regen. Die norddeutschen bürgerlichen Kreise dieser Richtung haben schon längst gegen das Bündnis mit dem Umsturz offen revoltiert, und jetzt hat sich sogar ein hervorragendes Mitglied“ der freisinnigen Vereinigung, leider einstweilen anonym, dazu versteigert, in der „Voss. Zeit.“ eine Erklärung zu veröffentlichen, die dem Barthischen „Block der Linken“ von sozialdemokratischen Gruppen schlechthin den Laufbahn gibt, einen „Gesamtliberalismus“ im Sinne der Verschmelzung der einzelnen Gruppen überhaupt als angeschlossen bezeichnet und in der praktischen Politik lediglich eine Wiederbelebung des alten liberalen Wahlortells von 1881 mit antisozialdemokratischer Spur für ausreichend erachtet. Verschiedene führende nationalliberale Blätter und selbst die freisinnervaterlichen „Voss. u. N.“ geben der Meinung Ausdruck, daß auf solcher Grundlage ein Zusammenarbeiten von Fall zu Fall zwischen dem gemischten Liberalismus und der freisinnigen Volkspartei, sowie dem nicht des sozialistischen Gedankens Blasse angehörten Teile der freisinnigen Vereinigung möglich sein werde. Soweit dadurch das allgemeine Interesse durch die Verbesserung der Sozialdemokratie auf breiterer Basis und durch Abstimmungen im Reichstag im Sinne eines positiv-national gerichteten Liberalismus gefordert wird, kann auch derzeitige weiter rechtsstehende Politiker, der über den „Gesamtliberalismus“ à la Theodor Barth nur die ährende Länge eines wohlberechtigten Spottes auszugsziehen vermögt, sich mit einer solchen enger umgrenzten Entwicklung der liberalen Zusammenschlußstreben einverstanden erklären.

## Neueste Drahtmeldungen vom 3. April.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Militär-Etats wird fortgesetzt bei den Kapiteln Artillerie- und Paffenwesen und technische Institute. Abg. Jubel (Soz.) verbiegt sich weitestgehend über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bereich der staatlichen Institute. Abg. Lukas (natl.) bemängelt, daß den Technikern die ihnen gebührende Stellung noch immer nicht eingeräumt sei, dagegen seien die Arbeitserlöse keineswegs so ungünstig, wie der Vorredner behauptet habe; aber eine Quelle der Unzufriedenheit sei, daß man nicht seie Grundlage für das Aufrufen in die höheren Positionen einfünde. Zu vermeiden sei ferner noch immer ein besonderer Fonds in diesem Falle für Förderung des Arbeitserwerbswesens. — Generalmajor Sitz v. Arns im befreit Abg. Jubel gegenüber, daß die Verwaltung in gelungener Weise gegenwärtig nicht genug für die Arbeiter tue. Jubel ist heute wieder mit persönlichen Angriffen gegen einzelne Beamte vorgegangen und habe Insolvenz gebraucht, wie „Auktionsdirektor“, „Tenzionist“, „Beträger“. Schon im vorigen Jahre habe er Jubel mit seinen Angriffen an die zuständigen

Stellen verwiesen; schon damals sei Jubel auch von Mitgliedern dieses Hauses nachgewiesen worden, daß alle seine damals vorgeschlagenen Behauptungen völlig unhalbar waren. Ich weiß, ichlicht Redner, natürlich oft heim wieder vornebrachten Anklagen untersuchen, aber nach den Erörterungen, die ich mit den Augen des Herrn Jubel bisjetzt gemacht habe, bin ich jetzt überzeugt, daß sie ins wiederholt erweisen werden. (Beispiel) — Abg. v. Bühlendorff (Soz.) wünscht, daß die Verwaltung den Verlust mit leichten Strafen erhöhte Aufmerksamkeit zuwende und dafür sorge, daß sich die Arbeitindustrie weiter daran beschäftigen könne. Bei dem Interesse des Reiches an lebensfrischen Anträgen wäre eine Abstimmung gerechtfertigt. — Bei der eintägigen Aussage entsteht eine längere Abschneiderei über die dritte Stufe für den Truppenübungenplatz in der Gegend vor Chemnitz für das 11. Armeekorps (zum Beginn des Gründerswerbs). — Unter Berücksichtigung eines Antrages des Abg. Vogt-Gotha (Soz.) auf Ablehnung der Forderung wird förmlich die Forderung bewilligt. — Beim Titel „20.000 Mark Gehüne an die Gemeinde Spandau“ bemüht Abg. von Jäger (Soz.) der Reichstag erstmals gründlich seine Verpflichtung an, der Gemeinde, die für Arbeiter der militärtechnischen Einheiten große Aufwendungen machen würde — hauptsächlich für Sanitärwände — zu Hilfe zu kommen. Dauernde Hilfe aber ist nur zu schaffen durch endlichen Ertrag eines Reichsgebiets, das den betreffenden Gemeinden die Besteuerung der Weichselinstitute ermögliche. — Abg. Paula-Borsig (Soz.) und Singer (Soz.) sprechen in gleichem Sinne. — Der Abg. Stet des Militär-Etats wird debattiert genehmigt. — Beim Etat für die Expedition nach Ostasien hat die Commission im ganzen 4% Mill. von den geforderten 12% Mill. abgelehnt mit Rücksicht auf die Reduktion des Expeditionsstoffs im Laufe des Geschäftsjahrs. Das Haus befürchtet demgemäß. — Beim Etat des Reichsmilitärgerichts werden für Gründerswerb, Entwurf und sonstige Vorarbeiten für ein Dienstgebäude, das auf dem Terrain des Parks Bölkow in Charlottenburg errichtet werden soll, 871.000 Mark gefordert. Ein Kommissions-Antrag gemäß werden nur 13.000 Mark für Vorarbeiten beauftragt, da die Zahl des Platzes beanstandet wird. — Schlüß der Sitzung gegen 6½ Uhr. Morgen 1 Uhr: Etat der Zoll- und Verbrauchssteuern, der Tempelabgaben, kleinere Etats, ferner dann zweite Sitzung der Gesetz betreffend Wohnungsgeldzuschüsse und Service, sowie bei Naturleistungen im Frieden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Reichstages begann heute die Beratung der Militärpersonensteuer. Zum Gründerspendenbescheid wurde ein Zentrumsvorstoß mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen, wonach eine Grundheitsabfindung, die infolge eines Zweikampfes entstanden ist, nicht als Einnahmeabfindung gilt. Ein weiterer Antrag Erpberger: „Der Anspruch am Renten ist dem Oberstaatsanwalt nicht zu schaffen, wenn er in Anwendung des § 122, Abz. 2 des Militärstrafgesetzbuches oder im Falle des § 147 des Militärstrafgesetzbuches wegen vorstößlicher Unterlassung der ihm obliegenden Wahrung oder Verfolgung kroischer Handlungen seiner Untergebenen verurteilt werden ist, innerhalb drei Jahren nach dieser Verurteilung abermals eine dicker Handlung begangen hat und wegen derselben verurteilt werden.“ wurde mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Steuerkommission des Reichstages feste heute die Beratung des Erbbaulastensteuer-gefecht. § 12 wurde nach den Beschlüssen einer Lehrlingsengagement. Mit einem Antrag Giebel und Genossen, mit der Erhöhung der Sätze für Familienangehörige, soll erst bei 70.000 Mill. begonnen werden. § 12 lautet: Abrechnen von diesem Beträgen: Die Erbbaulasten beträgt 1.4 Prozent für leibliche Eltern, für voll- und halbwüchsige Geschwister, sowie für Abkömmlinge, für Voll- und halbwüchsige Geschwister, für Eltern und entferntere Verwandte, für Schwieger- und Stiefeltern, für Kinder und entfernte Verwandte zweiten Grades von Gebäuden; für Eltern und entfernte Verwandte, für Väter unerlaubte Kinder und deren Abkömmlinge und für Kinder aus unehelicher Verbindung, sowie für Kinder aus einer anderen Verbindung der Eltern und für Geschwister der Eltern und für Geschwister im zweiten Grade der Seitenlinie; 11. 10 Prozent in den übrigen Fällen, soweit es sich nicht um einen Gewerbe der in § 11 bezeichneten Art handelt. Übersteigt der Wert des Gewerbes den Betrag von 20.000 Mill. so wird das 1½ mal, übersteigt er den Betrag von 30.000 Mill. das 1½ mal, 75.000 Mill. 1½ mal, 100.000 Mill. 1½ mal, 150.000 Mill. 1½ mal, 200.000 Mill. 1½ mal, 300.000 Mill. 1½ mal, 400.000 Mill. 1½ mal, 500.000 Mill. 2½ mal, 600.000 Mill. 2½ mal und 1 Million 2½ mal, der in Abg. 1 bestimmten Sätze erhoben. Übersteigt der Wert des Gewerbes eine der im Abg. 2 bezeichneten Wertegrenzen, so wird der Unterschiedsbetrag zwischen den nach Abg. 2 anwendbaren höheren Sätzen und den den vorangegangenen Werteplatzen mit jeweils erhoben, als er aus der Hälfte des Wertes übersteigenden Betrag des Gewerbes addiert werden kann. Staatssekretär Giebel v. Stengel berechnete den Aufschwung durch die neue Bildung Großstädte auf 1 Mill. Mill.

## Prußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenkabinett antwortete heute der Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg auf die Zentrum-Abfrage wegen des Erbbaulastensteuer-gefecht zu Mühlheim: Es handelt sich um ein Sozialgericht, dessen Abkommen vor einer halben abgeschlossen sind. Die Beratung dazu haben sehr zahlreiche Kommissionen gegeben. Angesichts einer Einführung, die schon bei einem früheren Entwurf vorgenommen ist, werden weitere Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Es sind sofort 500 Mill. zur Einführung der Art zur Belebung gestellt worden. Wenn es nötig sein sollte, soll auch der Erbbaulasten eine Untersteuer gewidmet werden. Dann würden die beiden Wohlfahrtsgeleie in dritter Linie ergänzt gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen. Die Vorlage, betreffend Verstaatlichung der Gewerbe, wurde an eine Kommission beauftragt. — Damals vertrug sich das Abgeordnetenkabinett bis zum 2. Mai

„Sagt ja der Staat von Friedrich Globus“